

Abonnementspreise

Basel und die Schweiz:

1 Monat Fr. 4.55

3 Monate Fr. 12.50

6 Monate Fr. 23.50

12 Monate Fr. 42.50

Unter persönlicher

Adresse Zuschnag.

Ausland

(unter Streifenband):

3 Monate Fr. 25.—

6 Monate Fr. 48.—

12 Monate Fr. 91.—

Redaktion:

Dufourstrasse 40 Telefon 2 28 60

Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

Erscheint wöchentlich 11 mal

Basler Nachrichten

mit Finanz- und Handelsblatt

Expedition:

Dufourstrasse 40 Telefon 2 28 60

Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

Preis der Nummer 20 Cts.

Insertionspreise

Einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum: für das Inland 45 Cts., für das Ausland 45 Cts., Reklamen Fr. 1.40, Lokale Rubriken 20 Cts., Wiederholungen 20 Cts.

Rabatt bei grösseren Aufträgen. Datums- und Placierungsvorschriften sind unverbindlich.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus AG, Dufourstrasse 40, Basel, Tel. 241 59. — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition AG, Freiestrasse 29, Basel, Tel. 2 20 29

Stadium der «Rückzüge» in Korea endgültig überwunden?

Diese Nummer enthält 2 Beilagen
mit der Sonderseite DIE TRIBÜNE

Tagesbericht

23. August.

Wehrhaftigkeit oder Militarismus?

Dit. Die Frage der deutschen Wiederaufrüstung, die bereits vor Jahresfrist hat, ist in ein neues Stadium getreten. Allerdings in kein besonders klares. Sicher war bis jetzt nur eines, dass nämlich die deutsche Öffentlichkeit und breite Schichten des deutschen Volkes gegen diese Aufrüstung eingestellt sind. Neben dieser Klarheit steht das Halbdunkel der offiziellen Darstellungen. Was hat Bundeskanzler Adenauer mit den Hochkommissaren der Alliierten auf dem Petersberg ausgehandelt? Soll Westdeutschland ein verstärktes Polizeikorps oder eine kampffähige Armee, Marke «Reichswehr» zugebilligt werden? Ueberhaupt: wer wollte was? Sind es die Alliierten, die unter dem Einfluss des Koreaschockes eine neue deutsche Armee verlangen, oder ist es tatsächlich Bundeskanzler Adenauer, der, alarmiert durch die Militarisierungsbestrebungen der ostdeutschen Kommunisten und im Zweifel, ob die Truppen der westlichen Besetzungsmächte Westdeutschland verteidigen können, wenn es den Ostkommunisten je einfallen sollte, nach koreanischen Muster in Deutschland zu verfahren, nun plötzlich gegen die Volksstimmung nach deutschen Soldaten ruff?

Sei dem wie ihm wolle: jedenfalls zeigt das ganze Hin und Her einmal mehr, wie innerlich unsicher die westlichen Alliierten in bezug auf die deutsche Militärfrage sind. Militarismus oder Notwehr — das ist hier die Frage.

Diese Unsicherheit verdeutlicht am besten ein Beispiel, nämlich die Geschichte des Schicksals eines deutschen Generals. Der Verteidiger der französischen Seeoffensive Brest war General Ramcke, ein typischer deutscher Kur-Soldat, der festhielt am überlieferten Ehrenkodex, von seinen Soldaten mit dem Ehrentitel «Vater Ramcke» bedacht wurde und der entschlossen war, Brest bis zur letzten Patrone zu halten. Die Festung kapitulierte denn auch erst im September 1944, als das übrige Frankreich bereits zum grössten Teil befreit war. Und nun beginnt das Drama dieses Generals. Zunächst wird Ramcke von den Alliierten ehrenvoll behandelt, und auch in der Gefangenschaft als fähiger Soldat respektiert. Verhältnismässig früh wird er auf freien Fuss gesetzt und nach Deutschland entlassen. 1946 wendet sich das Blatt; er wird jetzt von den Engländern verhaftet, als Kriegsverbrecher erklärt und in ein britisches Gefängnis abgeführt. Nach dem Engländern reklamieren ihn auch die Franzosen. So lebt Ramcke seither unterbrochen in Haft. War er nun Soldat, Militarist oder Kriegsverbrecher? Was sich hier als das Drama eines einzelnen Mannes abspielt, zeichnet sich mit umgekehrtem Verlauf in der ganzen Wiederaufrüstungsdebatte um ein ganzes Volk ab. Zuerst fluchte man dem deutschen Militarismus, und jetzt erweckt man ihn zu neuem Leben. Diese Umstände muss man bedenken, wenn man vorzeitig festsetzt, es den Deutschen als blosse Querulanz auszusprechen, dass sie sich heute mehrheitlich gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Errichtung einer neuen Armee sträuben.

Der Krieg gegen Hitler hatte unter den Alliierten ein gemeinsames geistiges Element. Sie behaupteten, es gelte, ein für alle Male den deutschen Militarismus auszurotten. Die Überzeugung, dieser deutsche Militarismus habe das Volk geradezu vergiftet, war derart stark, dass es für unmöglich erklärt wurde, nach Hitlers eventuellem Sturz mit irgendeinem andern deutschen Regime Friedensverhandlungen aufzunehmen. Die Alliierten forderten die «bedingungslose Kapitulation», das heisst die Waffenstreckung des ganzen Heeres, die Unterwerfung unter ihre Gewalt und die Bereitschaft zur «Umerziehung». Zweite im Lager der Alliierten an der Richtigkeit dieser Forderung war die Überzeugung, dass die deutsche Bevölkerung nur durch eine radikale Umerziehung zu einer friedlichen Nation werden könne.

«Deutschland kann nicht mit Korea verglichen werden»

Eine Erklärung aus dem Staatsdepartement

Washington, 23. August. (United Press.) Oberst Henry Byroade, Chef der Deutschland-Abteilung im Staatsdepartement, gab im Verlaufe eines Televisionsinterviews die Erklärung ab,

die Vereinigten Staaten würden Russland im Falle eines Angriffs auf Westdeutschland durch ostdeutsche Streitkräfte direkt verantwortlich machen.

Byroade fügte hinzu, Deutschland könne nicht mit Korea verglichen werden, da dessen östlicher Teil von russischen Truppen besetzt sei und die Russen daher für das von ihnen besetzte Gebiet verantwortlich seien.

Diese Erklärung Byroades und gewisse andere Äusserungen hoher amerikanischer Beamter scheinen im Anzei, dafür zu sein, dass sich die amerikanische Haltung Deutschland gegenüber

in letzter Zeit wandelte und in eine neue Phase eingetreten ist.

Die Umgebung Adenauers dementiert Berichte über Aufrüstungsforderungen

Bonn, 22. August. Ag. (DPA.) Aus der Umgebung des Bundeskanzlers wurden am Dienstag nachdrücklich ausländische Pressemeldungen dementiert, die von der Forderung Dr. Adenauers nach Aufstellung von drei kriegsstarken deutschen Divisionen und zusätzlichen Fustgruppen gesprochen hatten. Der Bundeskanzler hat in seiner Unterredung mit den alliierten Höhen Kommissaren diesem Dementi zufolge keinerlei Forderungen aufgestellt oder Vorschläge gemacht.

Dr. Adenauer habe lediglich die Situation der Bundesrepublik im Hinblick auf ihre Sicherheit dargestellt und die Lage nach Schaffung der Sowjetzonen-Volkspolizei aufgezeigt. Thema der Konferenz sei nicht eine Aufrüstung Deutschlands gewesen, sondern seine Sicherheit.

Die neuen Minimallöhne für die französischen Industriearbeiter

Paris, 22. August. (Bg-Interim-Privat.) Wenn man auch seit langem weiss, dass die Regierung Plevien eine Regierung der harten Arbeit ist, zeugt es doch von der aussergewöhnlichen Wichtigkeit des Beschlusses über die Erhöhung des Mindestlohns der Industriearbeiter, dass der Ministerrat, der heute früh unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Vincent Auriol seine Beratungen über die Neufestsetzung des garantierten Minimallöhns wieder aufnahm, seine Entscheidung erst nach achtstündiger Beratung bekanntgeben konnte.

Man hat sich auf einen Mindeststundelohn von 28 französischen Franken für einen Pariser Handlager geeinigt.

was auf Basis der zwar nicht legal anerkannten, aber heute effektiv eingehaltene 45-Stundenwoche für die Zone O (Paris) einem minimalen Monatslohn von etwas mehr als 14,000 französischen Franken, für die Provinz aber entsprechend weniger, entspricht. Bei der Festsetzung dieses neuen Existenzminimums eines unverheirateten französischen Hilfsarbeiters, der einem Betrag von genau 175 Schweizerfranken gleichkommt, gingen selbst im Schosse des Ministeriums die Meinungen stark auseinander. Der volkreichen mit den sozialistischen Kabinettsmitgliedern das neue Lohnminimum am liebsten auf die von Guy Mollet vorgeschlagene Basis von rund 16,000 französischen Franken erhöht. Der Wirtschafts- und Budgetminister, unterstützt durch die ihnen zwar respektvoll nicht mehr übergeordnete, finanziell aber stark ins Gewicht fallende Stimmgabe Maurice Petsches, wollten das Lohnminimum für die unterste Stundenlohnstufe dagegen auf nicht mehr als ungefähr 13,000 französischen Franken festsetzen. Da die niedrigsten Beamteneinkünfte auf Grund der bestehenden Beamteneinordnung nach diesem Existenzminimum der Industriearbeiter und Angestellten berechnet werden, und jede Heraussetzung automatische Rückwirkungen auf die Staatsausgaben und damit auf das Budget haben wird, kann man den Widerstand, der für das Budgetgleichgewicht verantwortlichen Minister ebenso verstehen wie das Bestreben des Wirtschaftsministeriums, die inflatorische Bedrohung der ohnehin unter dem Einfluss mannigfacher politischer und wirtschaftlicher Faktoren reichlich unbeständig gewordenen Preise von der Lohnseite heraufzubeschwören.

Nun hat die Regierung also das Pariser Minimum einschliesslich der Transportzulagen noch stärker nach oben verschoben als man anfangs annahm und hat damit zweifelsohne

eine Geste der sozialpolitischen Versöhnung bezweckt.

Doch haben selbst die Zeitungen, denen man keinerlei demagogische Opposition gegen die Regierung vorwerfen kann, schon vor der Festsetzung des neuen Lohnminimums für die kommenden Wochen, in denen das Patronat und die Gewerkschaften auf der Basis der heutigen Beschlüsse über den Abschluss neuer

Kollektivverträge eintreten werden, eine Kaskade von mehr Lohnforderungen vorausgesetzt, die sich natürlich auf die Heraussetzung des Minimallöhns stützen werden. Die Industrie kann und wird heute, wo sie vielleicht vor einem neuen Konjunkturaufschwung steht, und die geringe Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen schon seit Monaten zusammenschrumpt, diese Forderungen eher Gehör schenken als in der abgelaufenen Periode der Deflation.

Französische «Friedenspartisanen» unter Anklage der Sabotage

Paris, 23. August. (United Press.) Vor einem hiesigen Militärgericht begann am Dienstag der Prozess gegen 18 politisch links stehende sogenannte «Friedenspartisanen».

Die unter der Anklage stehen, am 23. März den Versuch unternommen zu haben, einen Eisenbahnzug für Indo-China beladenen Eisenbahnzug zum Einstürzen zu bringen.

Unter den Angeklagten befindet sich die Sekretärin der französischen Frauenunion, Jeanne Pitaval, militante Mitglieder der kommunistischen CGT-Gewerkschaft und Angehörige der kommunistischen Partei Frankreichs.

Der Gerichtsvorsitzende eröffnete die Verhandlungen mit der Mahnung, an das Publikum, Ruhe und Ordnung zu bewahren und nach Verlesung der Anklageschrift las er mehrere dem Gericht zugekommene Telegramme vor, in denen eine Freisprechung der Angeklagten verlangt wurde. Zum Prozess sind etwa fünfzig Zeugen, darunter prominente Kommunisten, erschienen.

Amerikanisches Hauptquartier beurteilt Lage in Korea wieder mit Zuversicht

Tokio, 23. August. (Exchange-Korrespondent Alan Whicker.) Im amerikanischen Hauptquartier macht sich ausgesprochener Optimismus bemerkbar.

Man gibt der Zuversicht Ausdruck, man sei jetzt endgültig aus dem Stadium der Rückzüge heraus.

Ein wichtiger Faktor bei den verheissungsvollen Kalkulationen sind die nach hiesiger Auffassung katastrophalen Schläge, die die strategischen Bombardierungen den feindlichen Nachschubzentren versetzt haben dürften. So wurde am Dienstag als Hauptziel Chonggyin an der Ostküste, nur 90 km von der Sowjetgrenze entfernt, angegriffen. An dem eine

Der ägyptische Ministerpräsident Nahas Pascha auf Erholungsurlaub in der Schweiz



Der ägyptische Ministerpräsident Nahas Pascha, Führer der Wafd-Partei, ist in Begleitung seiner Gattin und des Senators Mahmoud Abdel Fath (stehend), des Direktors der grössten Tageszeitung «Al Misri», in der Schweiz eingetroffen und wird sich einige Tage in Genf aufhalten.

(Photo ATP.)

Französische «Friedenspartisanen» unter Anklage der Sabotage

nisten, der auf dem linken Flügel stehende katholische Priester Abbé Boulier, Madame Marie-Claude Vaillant-Couturier, Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, und Yves Farges, Chef der Organisation der französischen Friedenspartisanen, geladen. Als Belastungszeugen werden siebenundzwanzig Polizisten aufgeboten, die die Angeklagten identifizieren sollen. Die Anklageverletzung liegt in den Händen eines Obersten der Armee.

Ernennungen. Paris, 23. August. Ag. (AFP.) Durch Beschluss des Ministerrats ist Paul Haag, seit Juli 1946 Präfect des Deparments Alpes Maritimes, an Stelle des kürzlich verstorbenen Verloren zum Präfecten des Seine-Departements ernannt worden. Durch Erlass vom 20. August wurde der französische Delegierte im Stellvertreter des Nordatlantik-Paktes, Hervé Aiphand, seit 1946 Direktor für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im Auswärtigen Ministerium, zum Botschafter ernannt.

Stunde dauernden Raid nahmen 70 Superfestungen teil, die fast 700 Tonnen Bomben abwarfen.

Die Südkoreaner führten eine weitere amphibische Landung an der Westküste durch, und zwar auf der Insel Ejak unweit Incheon. Einen taktischen Erfolg erzielten die Nordkoreaner nördlich Taegu, wo sie die Südkoreaner um etwa 3 km zurückdrängten; sie erreichten auch eine Sperre an der nach Taegu führenden Strasse, so dass sich das 25. amerikanische Regiment zeitweilig von seinen rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten sah. Die Nordkoreaner hatten diesen Vorstoss mit ungewöhnlich heftigem Artilleriefeuer eingeleitet, wurden aber schliesslich von Südkoreanern und Amerikanern gemeinsam wieder vertrieben.

Am verbliebenen Naktang-Brückenkopf bei Hyeonpung, 20 km südwestlich Taegu, war die 24. amerikanische Division in Schanzennetze mit den Nordkoreanern verwickelt. Weiter südlich, westlich der strategischen Position 3 km von Haman, hatte eine amerikanische Einheit einen Kampf mit den

Ein Ramcke, ein typischer deutscher Soldat, der festhielt am überlieferten Ehrenkodex, von seinen Soldaten mit dem Ehrentitel «Vater Ramcke» bedacht wurde und der entschlossen war, Brest bis zur letzten Patrone zu halten. Die Festung kapitulierte denn auch erst im September 1944, als das übrige Frankreich bereits zum grössten Teil befreit war. Und nun beginnt das Drama dieses Generals. Zunächst wird Ramcke von den Alliierten ehrenvoll behandelt, und auch in der Gefangenschaft als fähiger Soldat respektiert. Verhältnismässig früh wird er auf freien Fuss gesetzt und nach Deutschland entlassen. 1946 wendet sich das Blatt; er wird jetzt von den Engländern verhaftet, als Kriegsverbrecher erklärt und in ein britisches Gefängnis abgeführt. Nach den Engländern reklamieren ihn auch die Franzosen. So lebt Ramcke seither ununterbrochen in Haft. War er nun Soldat, Militarist oder Kriegsverbrecher? Was sich hier als das Drama eines einzelnen Mannes abspielt, zeichnet sich mit umgekehrtem Verlauf in der ganzen Wiederaufrüstungsdebatte um ein ganzes Volk ab. Zuerst fluchte man dem deutschen Militarismus, und jetzt erweckt man ihn zu neuem Leben. Diese Umstände muss man bedenken, wenn man voreilig geneigt ist, es den Deutschen als blosser Querulanz auszuliegen, dass sie sich heute mehrheitlich gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Errichtung einer neuen Armee sträuben.

Der Krieg gegen Hitler hatte unter den Alliierten ein gemeinsames geistiges Element. Sie behaupteten, es gelte, ein für alle Male den deutschen Militarismus auszurotten. Die Ueberzeugung, dieser deutsche Militarismus habe das Volk geradezu vergiftet, war derart stark, dass es für unmöglich erklärt wurde, nach Hitlers eventuellem Sturz mit irgendeinem andern deutschen Regime Friedensverhandlungen aufzunehmen. Die Alliierten forderten die «bedingungslose Kapitulation», das heisst die Waffenstreckung des ganzen Heeres, die Unterwerfung unter ihre Gewalt und die Bereitschaft zur «Umerziehung». Zweifler im Lager der Alliierten an der Richtigkeit dieser Formel von der bedingungslosen Kapitulation wurden zur Ordnung gerufen. Ihr erster propagandistischer Gewinner war freilich der hinkende Josef Goebbels, Adolf Hitlers Propagandachef, der nun dem deutschen Volk zurief, man sehe es, es gehe nicht gegen die Nazi, sondern gegen das deutsche Volk schlechthin und der dieses Volk damit tatsächlich dazu brachte, dass seine Armeen bis zur Hoffnungslosigkeit und Sinnlosigkeit weiter kämpften.

So gewiss es ist, dass Wesen und Form des deutschen Soldatentums, besonders die Stellung, die es im gesellschaftlichen Aufbau Deutschlands seit Wilhelm II. einnahm, einen wesentlichen Ansatzpunkt der deutschen politischen Fehlentwicklung gebildet haben, ebenso gewiss ist, dass diese Fehlentwicklung niemals zu korrigieren sein wird, wenn man, wie das heute der Fall zu werden scheint, die Bewertung des deutschen Militarismus abhängig macht von den Schwankungen am Barometer der internationalen Politik und den Bedürfnissen der grossen Weltmächte; wenn man, rund herausgesagt, 1945 diesen Militarismus verdammt und rücksichtslos verfolgt, ihn 1950 aber als bedeutende Grösse gegen den Ansturm des Ostens zu Hilfe ruft. Wir halten dafür, es sei geradezu als ein Zeichen politischer und menschlicher Reife des deutschen Volkes zu werten, wenn

etwas mehr als 14,000 französischen Franken, für die Provinz aber entsprechend weniger, entspricht. Bei der Festsetzung dieses neuen Existenzminimums eines unverheirateten französischen Hilfsarbeiters, der einem Betrag von genau 175 Schweizerfranken gleichkommt, gingen selbst im Schosse des Ministeriums die Meinungen stark auseinander. Der volkrepublikanische Arbeitsminister Burot hätte im Einvernehmen mit den sozialistischen Kabinettsmitgliedern das neue Lohnminimum am liebsten auf die von Guy Mollet vorgeschlagene Basis von rund 16,000 französische Franken erhöht. Der Wirtschafts- und der Budgetminister, unterstützt durch die ihnen zwar ressortmässig nicht mehr übergeordnete, finanzpolitisch aber stark ins Gewicht fallende Stimme Maurice Petsches, wollten das Lohnminimum für die unterste Stundenlohnstufe dagegen auf nicht mehr als ungefähr 13,000 französische Franken festsetzen. Da die niedrigsten Beamtengehälter auf Grund der bestehenden Beamtenordnung nach diesem Existenzminimum der Industriearbeiter und Angestellten berechnet werden, und jede Heraufsetzung automatische Rückwirkungen auf die Staatsausgaben und damit auf das Budget haben wird, kann man den Widerstand, der für das Budgetgleichgewicht verantwortlichen Minister ebenso verstehen wie das Bestreben des Wirtschaftsministeriums, die inflatorische Bedrohung der ohnehin unter dem Einfluss mannigfacher politischer und wirtschaftlicher Faktoren reichlich unstabil gewordenen Preise von der Lohnseite heraufzubeschwören.

Nun hat die Regierung also das Pariser Minimum einschliesslich der Transportzulagen noch stärker nach oben verschoben als man anfangs annahm und hat damit zweifelsohne

eine Geste der sozialpolitischen Versöhnung bezweckt.

Doch haben selbst die Zeitungen, denen man keinerlei demagogische Opposition gegen die Regierung vorwerfen kann, schon vor der Festsetzung des neuen Lohnminimums für die kommenden Wochen, in denen das Patronat und die Gewerkschaften auf der Basis der heutigen Beschlüsse über den Abschluss neuer

es heute entschieden gegen diese Methoden bockt und sich weigert, das Spiel mitzumachen.

Der politische Anblick des Problems sollte doch zeigen, dass echte Wehrhaftigkeit, die etwas anderes ist als Militarismus, noch zu allen Zeiten ein Attribut der Freiheit war. Die Deutschen haben noch keine volle Freiheit; ausserpolitisch sind sie nicht selbständig, ihr Land ist entzweigerrissen, regiert von Regierung und Gegenregierung, und ihre Staatsform ist erst im Entstehen begriffen.

Die Geschichte lehrt, dass ein neuer Staat niemals in fünf Jahren heranzureifen vermag, sondern vielleicht in dreissig oder vierzig. Wehrhaft, das heisst bereit, seinen Staat mit dem Einsatz des Lebens zu verteidigen, ist stets nur ein Volk, das politische Existenz besitzt; ein Volk, dem die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht problematisch sind, sondern trotz allen Mängeln verteidigungswert, weil es ohne diese Einrichtungen ein sinnvolles Leben sich nicht denken kann. Wer wagt sich einzubilden, die deutsche Entwicklung sei bereits so weit? Er gäbe sich Illusionen hin über das Wesen der Geschichte und über das Ausmass des deutschen Zusammenbruchs von 1945!

Unter dem noch herrschenden Zustand der Gleichgewichtslosigkeit werden es nie die aufbauenden Kräfte sein, die von einer übereilten

gen Militärgericht begann am Dienstag der Prozess gegen 18 politisch links stehende sogenannte «Friedenspartisanen».

die unter der Anklage stehen, am 23. März den Versuch unternommen zu haben, einen mit Kriegsmaterial für Indo-China beladenen Eisenbahnzug zum Entgleisen zu bringen.

Unter den Angeklagten befindet sich die Sekretärin der französischen Frauennunion, Jeanne Pitaval, militante Mitglieder der kommunistischen CGT-Gewerkschaft und Angehörige der kommunistischen Partei Frankreichs.

Der Gerichtsvorsitzende eröffnete die Verhandlungen mit der Mahnung, an das Publikum, Ruhe und Ordnung zu bewahren und nach Verlesung der Anklageschrift las er mehrere dem Gericht zugekommene Telegramme vor, in denen eine Freisprechung der Angeklagten verlangt wurde. Zum Prozess sind etwa fünfzig Zeugen, darunter prominente Kommu-

Amerikanisches Hauptquartier beurteilt Lage in Korea wieder mit Zuversicht

Tokio, 23. August. (Exchange-Korrespondent Alan Whicker.) Im amerikanischen Hauptquartier macht sich ausgesprochener Optimismus bemerkbar.

Man gibt der Zuversicht Ausdruck, man sei jetzt endgültig aus dem Stadium der Rückzüge heraus.

Ein wichtiger Faktor bei den verheissungsvollen Kalkulationen sind die nach hiesiger Auffassung katastrophalen Schläge, die die strategischen Bombardierungen den feindlichen Nachschubzentren versetzt haben dürften. So wurde am Dienstag als Hauptziel Chongyin an der Ostküste, nur 90 km von der Sowjetgrenze entfernt, angegriffen. An dem eine

deutschen Aufrüstung gewinnen werden, sondern die zerstörerischen, die politisch abenteuerlichen und nihilistischen. Zum neuen Kommiss werden sich die Desperados drängen, die Entwurzelten und jene, die den Weg zurück ins Zivil nicht mehr zu finden vermochten. Es wird keine Armee entstehen, sondern eine Schutzgarde, versehen mit der ganzen Problematik, die derartigen Gebilden anzuhängen pflegt.

Vorläufig haben nun die alliierten Hochkommissare das Ergebnis ihrer Gespräche mit Herrn Adenauer mit nach Hause genommen. So heisst gegessen, wie nach dem Text der United Pressmeldung im Dienstag-Abendblatt gekocht worden sei, wird bestimmt auch da nicht werden. Gerade auch aus aussenpolitischen Gründen: Deutschland ist, im Gegensatz zu Korea, ein besetztes Land. Die westlichen Alliierten werden kaum bereits so weit sein, mit ihrem Ja zur starken westdeutschen Wiederaufrüstung die letzten Fenster Richtung Moskau zuzuschlagen. Für das deutsche Volk aber ist zu wünschen, dass es dann wehrhaft werde, wenn es innerlich und äusserlich wieder gleichberechtigt geworden ist. Solange das nicht der Fall ist, sollten Westdeutschlands Grenzen von den Soldaten jener verteidigt werden, die seinerzeit die zonenweise Besetzung ausdrücklich gebilligt und den Russen jene Plätze angewiesen haben, auf denen sie heute sitzen.

liche Priester Abbé Boulier, Madame Marie-Claude Vaillant-Couturier, Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, und Yves Farges, Chef der Organisation der französischen Friedenspartisanen, geladen. Als Belastungszeugen werden siebenundzwanzig Polizisten aufgebeten, die die Angeklagten identifizieren sollen. Die Anklagevertretung liegt in den Händen eines Obersten der Armee.

Ernennungen.

Paris, 23. August. Ag. (AFP.) Durch Beschluss des Ministerrats ist Paul Haag, seit Juli 1946 Präfeld des Departements Alpes Maritimes, an Stelle des kürzlich verstorbenen Verlonne zum Präfeldern des Seine-Departements ernannt worden. Durch Erlass vom 20. August wurde der französische Delegierte im Stellvertreterrat des Nordatlantik-Paktes, Hervé Alphand, seit 1946 Direktor für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im Aussenministerium, zum Botschafter ernannt.

Stunde dauernden Raid nahmen 70 Superfestungen teil, die fast 700 Tonnen Bomben abwarfen.

Die Südkoreaner führten eine weitere amphibische Landung an der Westküste durch, und zwar auf der Insel Ejak unweit Inchon. Einen taktischen Erfolg erzielten die Nordkoreaner nördlich Taegu, wo sie die Südkoreaner um etwa 3 km zurückdrängten; sie erreichten auch eine Sperre an der nach Taegu führenden Strasse, so dass sich das 25. amerikanische Regiment zeitweilig von seinen rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten sah. Die Nordkoreaner hatten diesen Vorstoss mit ungewöhnlich heftigem Artilleriefeuer eingeleitet, wurden aber schliesslich von Südkoreanern und Amerikanern gemeinsam wieder vertrieben.

Am verbliebenen Naktang-Brückenkopf bei Hyonpung, 20 km südwestlich Taegu, war die 24. amerikanische Division in Scharmützel mit den Nordamerikanern verwickelt. Weiter südlich wechselte eine strategische Position 3 km von Haman innerhalb von vier Tagen zum fünften Male den Besitzer: Der sogenannte «Schlachtberg» wurde erneut von Neger-Infanterie erstürmt.

An der Ostküste kämpfte sich die 3. südkoreanische Division bis zum einem Punkt 8 km nördlich Pohang vor.

Belgien erwägt ebenfalls die Entsendung von Truppen.

Brüssel, 22. Aug. (United Press.) Wie von amtlicher Seite verlautet, erwägt die belgische Regierung gegenwärtig die Entsendung einer Freiwilligenabteilung von tausend Mann nach Korea. Dieser Vorschlag, angeblich von Aussenminister Paul van Zeeland befürwortet, soll dem Vernehmen nach am Freitag dem Kabinett unterbreitet werden.

Dieser Plan ist angeblich das Ergebnis einer Unterredung van Zeelands mit dem amerikanischen Botschafter Robert D. Murphy. Ein anderer Vorschlag soll die Errichtung einer Benelux-Brigade vorsehen, wobei Belgien, Holland und Luxemburg je tausend Mann zu stellen hätten.

*

Neuer Atomschmelzofen in Betrieb genommen.

Upton (New York), 23. August. (United Press.) Amerikas neuester und grösster Atomschmelzofen wurde am Dienstag im Nationalen Laboratorium von Brookhaven in Betrieb genommen.